



Antrag

| | | | |
|--|----------------|---|--|
| Vorlage: AT/0028/2024 | | Datum: 28.02.2024 | |
| Verfasser: 08-Ratsfraktion Die LINKE-PARTEI | | Az.: | |
| Betreff: | | | |
| Antrag der Fraktion Die LINKE-PARTEI: Gemeinschaftsklinikum Mittelrhein gGmbH (GKM gGmbH) – öffentliches Bekenntnis zur kommunalen Lösung | | | |
| Gremienweg: | | | |
| 18.04.2024 | Stadtrat | <input type="checkbox"/> einstimmig <input type="checkbox"/> abgelehnt <input type="checkbox"/> verwiesen | <input type="checkbox"/> mehrheitl. Kenntnis <input type="checkbox"/> vertagt |
| | TOP öffentlich | <input type="checkbox"/> Enthaltungen | <input type="checkbox"/> Gegenstimmen |
| 14.03.2024 | Stadtrat | <input type="checkbox"/> einstimmig <input type="checkbox"/> abgelehnt <input type="checkbox"/> verwiesen | <input type="checkbox"/> mehrheitl. Kenntnis <input type="checkbox"/> vertagt |
| | TOP öffentlich | <input type="checkbox"/> Enthaltungen | <input type="checkbox"/> Gegenstimmen |

Beschlussentwurf:

Der Stadtrat beschließt die Entscheidung für eine Rekommunalisierung der Gesellschafterstruktur des GKM gemeinsam mit den Kreisen Mayen-Koblenz, Rhein-Lahn und Rhein-Hunsrück als Zielsetzung. Der Stadtrat widerruft das Vorhaben einen externen privaten Partner zur Stärkung der Finanzkraft zu suchen.

Begründung:

Die Gesundheitsversorgung der Bürger*innen ist Grundrecht und gehört zur Daseinsvorsorge und Grundversorgung. Der Unterhalt von Krankenhäusern ist dabei kommunale Pflichtaufgabe. Eine flächendeckende Gesundheitsversorgung muss deshalb von Kommunen und Ländern gewährleistet sein. Diese kann durch eine Ein-Standort-Lösung und Förderung des Landes erreicht werden.

Seit den 90er Jahren zeichnet sich zwei Trends ab: zum einen ein stetiger Anstieg von Privatisierungen und zum anderen die Schließung von Krankenhäusern. Diese voranschreitende Privatisierung birgt dabei aufgrund der Ausrichtung solcher privaten Unternehmen Gefahren.

Anstatt bürger*innenorientiert agieren private unternehmerische Träger profitorientiert. Dadurch drohen wirtschaftliche Erwägungen über das Wohlbefinden der Patient*innen gestellt zu werden. So gefährden die Schließungen von „unprofitablen“ Stationen und Bereichen die abdeckende Grundversorgung der Bürger*innen.

Aber auch die Angestellten leiden unter Privatisierungen. So gibt es durch Personalmangel häufig Arbeitsverdichtungen und Mitarbeiter*innen haben seltener Vollzeitverträge. Eine Rekommunalisierung ist für Beschäftigte besonders erstrebenswert.

Die Gesundheitsversorgung der Bevölkerung hört dabei, wie auch die Solidarität mit den Beschäftigten, nicht an den Stadtgrenzen auf. Es müssen Lösungen bevorzugt werden, die für alle Standorte gut sind und keine mit dem Motto: „Koblenz first!“. Das GKM ist als Maximalversorger wichtig für die Region und für Koblenz. Das zeigen insbesondere aktuelle Krankenhausschließungen in der Region wie z.B. in Lahnstein.

Die schwierige Gesellschafterstruktur des GKM muss neu aufgestellt und die bisherigen Stiftungen müssen abgelöst werden durch die Kreise der anderen Standorte, wie Rhein-Lahn und Rhein-Hunsrück.

Besonders wichtig ist die zeitnahe Sicherung der Liquidität des GKM bis zu einer Umstrukturierung der Gesellschafterstruktur mit kommunalen Partnern. Daneben muss ein nachhaltiger Strategieplan finalisiert und in Angriff genommen werden, um den Bürger*innen der Stadt und des Umlands sowie den Angestellten Zukunftssicherheit zu bieten. Danach muss das Land Gelder bereitstellen, um weiterhin die Zukunft der Krankenhäuser in Koblenz, aber auch die Zukunft der anderen Standorte zu sichern.

Die Covid-19 Pandemie hat gezeigt, dass die Kommunen handlungsfähig sein müssen, um Krisen in der Gesundheitsversorgung aufzufangen. Diese Handlungsfähigkeit in Krisen einzugreifen, wird durch eine Privatisierung eingeschränkt.

Finanzielle Auswirkungen:

Langfristig ist eine garantierte Gesundheitsversorgung positiv für den Haushalt der Stadt zu sehen

Auswirkungen auf den Klimaschutz:

Keine